

# INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

113/22

NEOLIBERALISMUS

Es gibt  
Alternativen!

INTERVIEW

Jonathan Fine  
zu Museumspolitik

VIELSPRACHIGKEIT

isiZulu: Von Südafrika nach Wien



# SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

## SADOCC

- » **Dokumentation und Bibliothek in  
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1  
(Öffnungszeiten auf Anfrage)  
Tel. 01/505 44 84  
Fax 01/505 44 84-7  
www.sadocc.at**
- » **das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA**
- » **monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«**
- » **Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«**
- » **Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli**

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-. Apos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

## Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC.

Letzte Buchveröffentlichungen: *Afrikanische Häftlinge im KZ Mauthausen* (Walter Sauer, Nikos Stamatiou); *Begegnung Südliches Afrika – Arbeit und Leben global gedacht*. Reader zum gleichnamigen Projekt (Segal Hussein).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,  
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,  
BIC BKAUATWW**

**18. Juli 2022**  
Internationaler  
Nelson Mandela-Tag

## Offenlegung

INDABA wird herausgegeben vom Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC) in Wien (ZVR-Zahl 813176558) und bezweckt die Information und Diskussion über Entwicklungen im Südlichen Afrika.

Dem Vereinsvorstand gehören an: Mag. Bernhard Bouzek, HK Lydia Dyk, Dr. Astrid Esterlus, Nina Herzog-Hawelka MA, Helena Hornung MA, Rudolf Koger, Dr. Jakob Krameritsch, Mag. Peter Kuthan, Dr. Johann Muraier, Dr. Birgit Reiter, Univ. Prof. Dr. Walter Sauer, Daniel Stögerer.

## Leserbrief

Zur Meldung **Otelo de Carvalho †**  
(INDABA 112/21, S. 10)

Beim Lesen des neuen INDABA bin ich auf einen historischen Fehler gestoßen. Die Nelkenrevolution von 1974 stürzte nicht die Herrschaft von Salazar, sondern von Caetano. Von 1968 bis zur Nelkenrevolution 1974 war Marcelo Caetano Premierminister Portugals. Langzeitdiktator Antonio Salazar hatte 1968 eine Hirnblutung erlitten und war schon 1970 gestorben. Der Fehler findet sich bei der Meldung von Euronews und in der Folge auch bei anderen Medien.

Bernhard Bouzek

**3** Für einen starken Entwicklungsstaat!

Marktkräfte allein können die soziale Ungleichheit im Südlichen Afrika (und nicht nur dort) nicht beseitigen. Von Herbert Jauch



**Führt die Pandemie in die nächste Schuldenkrise?** 4

**11** Jonathan Fine im Interview

Simon Loidl sprach mit dem Direktor des Weltmuseums Wien über den Umgang mit Museumsobjekten aus kolonialem Kontext

**110 Jahre ANC** 15

**16** Desmond Tutu †

Nachruf auf den Ehrendoktor der Universität Wien. Von James Alfred Loader

**Kolumne Adalbert Krims** 15

**20** Herausforderung isiZulu

Nkosinathi Dlamini und Karlheinz Mörth über Unterricht und Erforschung der größten indigenen Sprache Südafrikas

**Jubiläum der Basler Afrika Bibliographien** 24

**Kunst aus Südafrika in Wien** 26

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Amnesty International South Africa, Nkosinathi Dlamini, Steven Friedman, Christa Hager, Herbert Jauch, Jakob Krameritsch, Adalbert Krims, James Alfred Loader, Simon Loidl, Karlheinz Mörth, Walter Sauer, Christian Selz (Junge Welt), Daniel Stögerer, Christian Vandersee. **Fotos:** Basler Afrika Bibliographien, Jessica Besch, IndustriAll Global Union, Jakob Krameritsch, SADOCC, Univ. Wien, Weltmuseum Wien, Leigh Williams, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 5. März 2022. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Kirsten Rüther; Godwin Schuster.



# Soziale Krise im Südlichen Afrika

## Für einen starken Entwicklungsstaat!

*Das Scheitern des neoliberalen Entwicklungsmodells, verstärkt durch die Auswirkungen der Pandemie, hat einmal mehr die Frage nach der Rolle des Staates aufgeworfen. Unter dem Namen „Alternatives to Neoliberalism in Southern Africa“ treten Expert/inn/en aus der Region für eine entwicklungspolitische Transformation von Staaten und Volkswirtschaften ein. Einer von ihnen, Herbert Jauch in Windhoek, stellt das Programm vor.*

Das Südliche Afrika befindet sich nach wie vor im Griff mehrerer sozialer und wirtschaftlicher Krisen, die sich in einem enormen Ausmaß an Ungleichheit manifestieren, gepaart mit hohen Raten an Arbeitslosigkeit, Armut und geschlechtsspezifischer Gewalt. Seit dem Aufkommen des Neoliberalismus in den 1970er Jahren haben die meisten Länder der Region die Ideale der Gleichheit und Umverteilung zunehmend aufgegeben und durch das Marktmantra der Schaffung eines günstigen Umfelds für private Investitionen ersetzt. Dies geschah im Einklang mit der Ideologie und den Praktiken, die vom *Washington Consensus* (IWF, Weltbank und US-Finanzministerium) gefördert wurden, der die Entwicklungsländer dazu drängte, ihre Volkswirtschaften zu „stabilisieren, zu privatisieren und zu liberalisieren“. Im Südlichen Afrika geschah dies vor allem durch die mit den IWF-Darlehen verbundenen Auflagen, die im Gegenzug für



eine marktkonforme Politik der kreditgebenden Länder gewährt wurden. Einige Länder wie Namibia und Südafrika verfolgten allerdings eine marktfreundliche Politik, ohne von IWF-Krediten abhängig zu sein.

Dieser politische Zugang reduzierte soziale Ziele wie Bildung für alle, allgemeine Gesundheitsversorgung oder ange-

messenen Wohnraum auf einen bloßen *Trickle-down*-Effekt. Die Rolle des Staates wurde in dem ideologisch geprägten Glauben, der Markt würde sich schon irgendwie selbst korrigieren und zu dem versprochenen Wirtschaftswachstum und Wohlstand führen, immer weiter reduziert. Empirische Belege aus der gesamten Region des Südlichen Afrika haben allerdings gezeigt, daß dies nicht der Fall war. Statt dessen gelangte nur

**Umverteilung schafft Wachstum**



# einen Schuldennachlaß

weniger ist als das, was die reicheren Länder zahlen, besteht dennoch die Sorge, daß die Länder, die bereits mit den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu kämpfen haben, noch mehr Geld aufnehmen müssen, um ihre Bevölkerung zu schützen. Es überrascht daher nicht, daß die AU-Mitgliedstaaten zögern, diese Finanzierungsfazilität zu nutzen.

Bis Mai 2020 hatten nur fünf afrikanische Länder – Botswana, Kamerun, Tunesien, Togo und Mauritius – das erforderliche Deposit von 15 % der Kaufsumme hinterlegt.

Die UN-Leitprinzipien für Auslandsverschuldung und Menschenrechte betonen, daß die Rückzahlung von Auslandsschulden die Bemühungen eines Staates um die Verwirklichung zentraler Rechtsverpflichtungen, einschließlich des Rechts auf Gesundheit und einen angemessenen Lebensstandard, nicht beeinträchtigen darf. Vor diesem Hintergrund haben sich immer mehr afrikanische Länder aufgrund der wirtschaftlichen Kosten von Covid-19 an den Schuldenerlaßprozeß der G20 gewandt. Auch wenn ein vorübergehender Schuldenerlaß zu begrüßen ist, müssen Kreditgeber und Geber darüber hinausgehen und einen *dauerhaften* Schuldenerlaß in Erwägung ziehen, um eine nachhaltige Erholung zu ermöglichen, sowie innovative Hilfgelder bereitstellen, die es der SADC ermöglichen, den Covid-19-Sturm zu überstehen, einschließlich des kurzfristigen Erwerbs einer größeren Anzahl von Impfstoffen.

In Anbetracht der Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Schulden Afrikas (einschließlich der SADC-Länder) inzwischen bei China liegt, ist es außerdem wichtig, daß sich die chinesische Regierung aktiv an den multilateralen Bemühungen um einen Schuldenerlaß beteiligt. Geberländer wie China sollten von der bilateralen Verhandlungstaktik mit Entwicklungsländern ablassen, die wirtschaftlich so ungleich sind, daß sie lediglich das ungerechte System aufrechterhalten, das die Länder Afrikas hoch verschuldet hält. Es ist an der Zeit, die Schuldenkurve abzufachen und den afrikanischen Ländern den fiskalischen Spielraum zu geben, den sie brauchen, um ihre sozioökonomischen Defizite – einschließlich der derzeitigen Verfügbarkeit von Impfstoffen – anzugehen!

*Auszug aus: Amnesty International South Africa, Southern Africa needs Assistance. An open call to the regional and international community, Johannesburg 2021 (<https://www.amnesty.org/en/documents/afr03/4343/2021/en/>).*

den unterschiedlich, aber es gibt gemeinsame Trends, wie am Beispiel Namibias gezeigt werden soll, das 1990 unabhängig wurde und trotz seiner kleinen Bevölkerung und seiner großen natürlichen Ressourcenbasis vom „Ressourcenfluch“ betroffen war. Diesen Begriff verwenden wir, um Länder zu beschreiben, die reich an natürlichen Ressourcen – insbesondere Mineralien und Kohlenwasserstoffen – sind, deren extreme Armut aber zumindest teilweise darauf zurückzuführen ist, daß die Einnahmen aus der Rohstoffindustrie an eine mit der Politik verbundene Elite fließen. Dies trifft auch für Namibia zu: Das Land zeichnet sich durch enormen Reichtum aus, der mit akuter Entbehrung für große Teile der Bevölkerung einhergeht. Die Weltbank stellte kürzlich fest, daß über 60 % der Namibier/innen von Armut betroffen sind.

**S**eit der Unabhängigkeit hat sich Namibia an die makroökonomische Orthodoxie gehalten und in den ersten 25 Jahren der Unabhängigkeit sehr niedrige Haushaltsdefizite bei moderaten wirtschaftlichen Wachstumsraten und niedriger Inflation erzielt. In Verbindung mit einer investorenfreundlichen Wirtschaftspolitik wurden diese Errungenschaften durch sehr geringe Verbesserungen beim „Index der menschlichen Entwicklung“ sowie durch anhaltende Einkommensungleichheit und sozioökonomische Ungleichheit zwischen den Geschlechtern erkauft.

Nachdem Namibia in den ersten beiden Jahrzehnten der Unabhängigkeit den Standardvorgaben von IWF und Weltbank gefolgt war, nutzte es einen Teil des fiskalischen und politischen Spielraums für entwicklungspolitische Interventionen wie das Tar-



Demokratie übergehen, die in die Gestaltung der Politik eingreift,

Eine weitreichende Analyse der Herausforderungen im Südlichen Afrika wurde 2006 von einer von den Gewerkschaften geleiteten Initiative mit dem Namen *Alternatives to Neoliberalism in Southern Africa* (ANSA) veröffentlicht. Darin wird darauf hingewiesen, daß sich die Region mit drei Kernfaktoren der Entwicklung auseinandersetzen muß, nämlich:

1. mit dem Schutz der grundlegenden Menschenrechte und der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse (sozialer Faktor),
2. dem Entscheidungsprozeß und der Verteilung der Ressourcen (demokratischer Faktor) und
3. mit den Auswirkungen der Globalisierung und dem Einfluß imperialer Interessen (globaler Faktor).

Jede Entwicklungsinitiative im Südlichen Afrika muß sich gleichzeitig mit diesen drei Faktoren befassen, um ein besseres Leben für die arbeitende Bevölkerung zu erreichen und die Armut zu beseitigen. Staatliche Entwicklungsmaßnahmen müssen daher eine aktive Beteiligung der Bürger sicherstellen, um ein qualitativ anderes Ergebnis zu erzielen.

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, die vielen praktischen Maßnahmen zu skizzieren, die für den Aufbau demokratischer Entwicklungsstaaten erforderlich wären. Zu den wichtigen Aspekten gehören sicherlich eine deutliche und sichtbare Verbesserung der Qualität des Bildungswesens, eine allgemeine Gesundheitsversorgung, angemessener Wohnraum, menschenwürdige Arbeit und Arbeitnehmergenossenschaften.

Ein Entwicklungsstaat muß einen Konsens über die Notwendigkeit einer systematischen Umverteilung zur Beseitigung der Einkommensungleichheit herstellen.

Die Einführung eines universellen Grundeinkommens (BIG) als wirtschaftliches Recht der Bürger/innen könnte ein wichtiger erster

Schritt sein, um die Fesseln der Armut zu sprengen und lokale wirtschaftliche und soziale Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen. Ein universelles Grundeinkommen würde eine erhebliche Wirkung haben, muß aber durch weitere umverteilende Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen und Eigentumsverhältnisse ergänzt werden.

Ausgehend von den Erfahrungen der Vergangenheit und den derzeitigen Gegebenheiten im Südlichen Afrika erfordert der Aufbau von Entwicklungsstaaten, die in der Lage sind, transformative Veränderungen herbeizuführen, Folgendes:

1. Eine zentrale Planungsbehörde, die in der Lage ist, die Wirtschaft in Richtung bestimmter Ergebnisse zu lenken (im Gegensatz zum Warten auf trickle-down-Ergebnisse),
2. eine Umverteilungssagenda zugunsten der verarmten Mehrheit,
3. eine effiziente Bürokratie zur Umsetzung von Entwicklungsprogrammen und -projekten,
4. eine beratende und partizipative Struktur, die eine direkte Beteiligung der betroffenen Bevölkerungsgruppen ermöglicht,



5. selektive Abkopplung von den Prozessen der Globalisierung, die die endogenen Entwicklungsinitiativen Afrikas untergraben, und
6. ökologische Erwägungen, da das Industrialisierungsmodell des 20. Jahrhunderts für die Menschheit schlichtweg unhaltbar ist.

Es besteht kein Zweifel daran, daß solche Veränderungen von den Interessen der Eliten bekämpft werden und daher politischen Druck von unten sowie eine reaktionsfähige politische Führung erfordern, die mutig genug ist, entscheidende Schritte zu unternehmen. Eine größere politische Offenheit, die Förderung neuer Ideen und kritischer Reflexion sowie die Förderung kollektiver Werte des Teilens und der Umverteilung sind Voraussetzungen für einen Wechsel von der „Politik des Bauches“ zu entwicklungspolitischen Maßnahmen und sozialer Gerechtigkeit.

Herbert Jauch ist Sozial- und Wirtschafts-  
experte und seit vielen Jahren an gewerk-  
schaftlichen Bildungsprogrammen beteiligt.  
Er ist Vorsitzender des „Economic and  
Social Justice Trust“ in Namibia.

## ... spektrum ...

**Ukraine-Debatte im südafrikanischen Parlament.** Südafrika nehme in Bezug auf den russischen Krieg gegen die Ukraine eine an China angelehnte Haltung der „stillen Diplomatie“ ein, erklärte die stellvertretende Ministerin für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit, Candith Mashego-Dlamini, während einer Parlamentsdebatte über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Konflikts. „Als Regierung fordern wir alle Südafrikaner auf, im Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine nicht Partei zu ergreifen, da dies gegen unsere Prinzipien verstoßen könnte. Südafrika unterhält gute bilaterale Beziehungen zu beiden Ländern“, so Mashego-Dlamini. Südafrika sei „zutiefst besorgt über die Verletzungen der UN-Charta und des Völkerrechts, den Verlust von Menschenleben, die humanitären Auswirkungen und die Zwangsverbreitung von Menschen infolge des Krieges in der Ukraine“. Im Einklang mit seinem starken Engagement für die friedliche Beilegung von Konflikten fordere Südafrika alle Parteien auf, sich verstärkt der Diplomatie zu widmen und eine Lösung zu finden, die eine weitere Eskalation verhindere (vgl. in diesem Heft S. 27).

Seitens der Oppositionsparteien wurde die offizielle Position kritisiert – allerdings aus gänzlich verschiedenen Richtungen. Der Vorsitzende der Demokratischen Allianz (DA), John Steenhuisen, beschuldigte die Regierung, mit ihrer „Neutralität“ auf der falschen Seite der Geschichte zu stehen und sich auf die Seite des „Unterdrückers“ zu stellen, der einen „ungerechtfertigten Kriegsakt“ begangen habe. „Jeder führende Politiker der Welt, der ein moralisches Gewissen hat,



Vizeministerin Mashego-Dlamini mit Mohamed Maliki, Staatsminister von Singapur

hat dies verurteilt und Rußland zum Rückzug aufgefordert. Aber nicht Südafrikas Präsident Ramaphosa. Unter dem beschämenden Deckmantel der ‚Neutralität‘ hat die ANC-Regierung ihre stillschweigende Unterstützung für Putins imperialen Marsch zur Wiederherstellung seines verlorenen Reiches zugesagt“, so Steenhuisen. Gegenteilig forderte Floyd Shivambu von den *Economic Freedom Fighters* eine stärkere Unterstützung Rußlands ein. Die Regierung in Moskau sei ein enger „Freund“, der die imperialistische Expansion in Osteuropa bekämpfe und den Südafrika „niemals aufgeben“ dürfe. „Die Beziehungen, die durch Blut und gemeinsame Ziele gegen Kolonialismus und Apartheid aufgebaut wurden, müssen gestärkt werden. Wir stehen als EFF dafür, unsere Beziehungen zu Rußland zu bekräftigen.“

Mzwanele Myhontso vom PAC wiederum wies darauf hin, der Krieg werde alle afrikanischen Länder be-

treffen. „Der Preis für Öl, Benzin und Gas ist in die Höhe geschossen. Wir beziehen Stellung und verurteilen Rußland und Amerika für die Bedrohung des Weltfriedens. Wir verurteilen Rußland und Amerika für ihren Machtmißbrauch, der das Leben und den Lebensunterhalt der Afrikaner beeinträchtigt, und fordern sie auf, den Krieg sofort zu beenden.“

**Neuer Zulu-König.** Staatspräsident Cyril Ramaphosa hat Prinz Misuzulu Sinqobile Zulu als neuen König der amaZulu anerkannt. Vorgänger Goodwill Zwelithini war im März 2021 verstorben, seine Erste Frau Mantfombi Dlamini, die danach die Regentschaft geführt hatte, im April. Laut Erklärung der Präsidentenämtes erfolgte die staatliche Anerkennung, nachdem sich die königliche Familie auf den Prinzen als den besten Kandidaten geeinigt hatte. Ein Datum für die Krönung ist in Ausarbeitung. Seine Majestät König Misuzulu Sinqobile

Hlomesakhishlangu kaZwelithini – so sein offizieller Name – ist der zweit-älteste überlebende Sohn des verstorbenen Königs. Der erstgeborene, Prinz Simakade Zulu, dementierte Berichte, wonach er die Königswürde ausgeschlagen hätte – offenbar gibt es um die Thronfolge erhebliche Konflikte. Der Zulukönig genießt nicht nur hohes Ansehen unter der ländlichen Bevölkerung, sondern ist auch der größte Grundbesitzer Südafrikas und wird von der Provinzregierung von KwaZulu mit 1,2 Mio. Rand jährlich dotiert, zusätzlich zu 66 Mio. Rand für die Erfordernisse des Königreichs.

**Südafrika: Justiz stoppt Shell-Vorhaben.** Die südafrikanische Justiz hat Untersuchungen des europäischen Energieriesen *Shell* von Öl- und Gasvorkommen vor Südafrikas Küste vorerst gestoppt. Der High Court in Grahamstown in der Provinz Ostkap untersagte dem Unternehmen, „seismische Erkundungen“ an der Wild Coast vorzunehmen – ein bedeutender Erfolg für Umweltschützer, die seit Wochen gegen das Projekt protestiert und zum Boykott von Shell aufgerufen haben. Shell will die Struktur des Meeresbodens analysieren, um mögliche Rohstoffvorkommen aufzuspüren. Die Wild Coast umfaßt mehrere Natur- und Meeresschutzgebiete und erstreckt sich über rund 300 Kilometer an der Ostküste Südafrikas am Indischen Ozean.

**Uukwangali-Chief gegen illegale Holzschlägerungen im Norden Namibias.** Eugene Siwombe Kudumo, das Oberhaupt der traditionellen Autorität von Uukwangali, kritisierte erstmals die Abholzungen von Bäumen, die seit einigen Jahren im Norden Namibias stattfinden, aktuell

im Dorf Katope in der Region Kavango West. Wie der Chief in einem Gespräch mit dem *Namibian* erklärte, werde der Wald von denjenigen zerstört, die Holz an chinesische Importeure verkaufen oder Bäume fällen, um Gehöfte zu bauen und Zäune zu errichten. „*Sie schlägern die Bäume in der Nacht und sammeln dann das Holz ein. Es gibt keine Kontrolle durch das Ministerium für Umwelt, Forstwirtschaft und Tourismus.*“ Theoretisch müßten alle Holzverkäufer 5 % an die traditionelle Verwaltung abgeben, damit das Geld der Gemeinschaft zugute kommen könne, das werde aber nicht praktiziert. Kudumo kündigte Informationsmaßnahmen und Versammlungen an, um die Bevölkerung vom illegalen Abholzen des Waldes abzuhalten.

Die illegalen Schlägerungen von Tropenholz im Norden Namibias wurden bereits mehrfach von der Regierung kritisiert, konnten jedoch nicht gestoppt werden. Offenbar sind maßgebliche SWAPO-Kreise im Kavango in Holzexporte an die chinesische Mö-

belindustrie verwickelt und haben für den Fall von Maßnahmen dagegen mit einem Boykott der regionalen Parteiarbeit (inklusive von Wahlkämpfen) gedroht. 2019 veröffentlichte der *Namibian* Namen aus einer Liste von angeblich 230 hochrangigen Funktionären – darunter auch den eines früheren namibischen Botschafters in Österreich –, die in die Schlägerung von 200.000 Bäumen involviert sein sollen. Umweltexperten zufolge benötigen die charakteristischen Bäume im Kavango durchschnittlich einhundert Jahre, um ihre volle Größe zu erreichen.

**Restitutionsverhandlungen. Zimbabwe fordert von London Nehandas Schädel zurück.** Unter Leitung des zimbabwe'schen Botschafters im Vereinigten Königreich, Oberst Christian Katsande, finden derzeit Verhandlungen über die Rückgabe der sterblichen Überreste der ersten *Chimurenga*-Kämpfer statt, darunter auch der spirituellen Führerin Mbuya Nehanda Nyakasikana, die 1898 von den britischen Kolonialbesatzern gehängt

Gefährdete Wälder im Norden Namibias





# Neue Sichtweisen entwickeln

## Jonathan Fine im Gespräch

*Wie sollen Österreichs Museen mit kolonialen Beständen umgehen? Anfang des Jahres setzte Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer ein Gremium aus Expertinnen und Experten ein. Dieses soll eine „Handreichung“ für die Politik zum Umgang mit Museumsobjekten aus kolonialen Kontexten und Rückgabeforderungen entwickeln (siehe S. 13). Vorsitzender des Gremiums ist Jonathan Fine, Direktor des Weltmuseums. Simon Loidl hat mit ihm gesprochen.*

*Was ist die Aufgabe des neuen Gremiums?*

Es geht darum, der Politik Empfehlungen zu geben, wie man mit Sammlungsobjekten und Beständen aus kolonialen Kontexten umgeht. Das hat zwei Dimensionen. Die erste Dimension ist die rein museale, betrifft also das Vermitteln, Ausstellen, Aufbewahren und Erforschen. Und die andere ist die Frage, wie man mit Anfragen nach Rückgabe aus anderen Ländern umgeht.

Für die museale Dimension werden wir wahrscheinlich weniger konkrete Empfehlungen aussprechen. Organisationen wie die ICOM haben über Jahre eine tiefe Expertise in diesem Bereich und haben sehr gute Empfehlungen entwickelt. Viele Museen können auf diese Expertise bereits zurückgreifen und wissen, wie sie mit dem Ausstellen, Erforschen usw. der unterschiedlichen Arten von Sammlungsgütern aus kolonialen Kontexten umgehen.

Worauf sich meiner Ansicht nach das Gremium konzentrieren soll, ist die Frage, was man macht, wenn Objekte zurückgefordert werden. Da



Jonathan Fine

kann man natürlich schauen, wie das andere europäischen Länder handhaben. Aber letztlich muß man eine eigene Position für Österreich finden, denn Österreich ist anders positioniert als zum Beispiel die Niederlande, Deutschland, Schweden, Dänemark, Frankreich oder England, sowohl in Bezug auf Sammlungen als auch auf die Gesetzeslage. In Österreich gibt es etwa das NS-Restitutionsgesetz, das viele Punkte enthält, die auch für den kolonialen Kontext relevant sein könnten. Gleichzeitig gibt es kaum ein Land, das ein Gesetz zur Rückführung von kolonialem Sammlungsgut hat. Wir haben also, auch im Vergleich mit anderen Ländern, eine gute Grundlage.

*Wie sieht der Zeitplan für die Arbeit des Gremiums aus?*

Wir haben Ende Jänner erstmals getagt – virtuell, denn die Mitglieder sind nicht nur hier in Wien, sondern auch in der Schweiz, in Frankreich, in Namibia, in den Niederlanden und in Deutschland. Dabei haben wir einen vorläufigen Fahrplan erarbeitet. Zunächst geht es um eine Kontextualisierung unserer Arbeit, also darum, zu definieren, worüber wir überhaupt reden. In einer zweiten Stufe sammeln wir Inputs von Außenstehenden und anderen Expertinnen und Experten. Denn egal, wie gut eine Kommission oder ein Gremium aufgestellt ist – wir können immer von anderen Leuten lernen, die sich mit Facetten des Themas beschäftigt haben. Außerdem ist es wichtig, daß eine öffentliche Diskussion stattfindet.

Vor allem aber – und das ist, glaube ich, das Novum – wollen wir von Anfang an Stimmen und Ansichten aus Ländern berücksichtigen, die möglicherweise etwas zurückfordern könnten. Tatsache ist, daß es in ganz Europa hunderttausende Objekte aus kolonialem Kontext in öffentlichen

Sammlungen gibt. Es ist wichtig, die Ansichten der Leute zu berücksichtigen, die Objekte zurückfordern könnten. Die Steuerung dieses Prozesses kann nicht nur von Europa ausgehen.

Rückgaben haben also Auswirkungen. Nicht nur in europäischen Museen und Ländern, sondern auch vor Ort. Ich verweise auf die Benin-Bronzen: Nigeria baut ein Lager für die aus Deutschland zurückgeführten Objekte. Im Moment haben sie dafür ihrer Meinung nach keinen geeigneten Platz. Das bindet Ressourcen und Arbeitskraft, auch in einem so reichen Land wie Nigeria. Wenn man Kolonialismus als eine Verschiebung der Hoheit ohne Rücksicht auf die Auswirkungen begreift, dann darf man beim Versuch, antikolonial zu agieren, nicht mit genauso wenig Rücksicht auf die Konsequenzen in anderen Ländern vorgehen. Das wäre sonst dasselbe Handeln, neu verpackt.

*Um welche Arten von Objekten wird es gehen?*

Ich denke, daß vor allem Objekte von großem symbolischem Wert zurückgefordert werden. In der Vergangenheit sprach man oft von religiösen oder spirituellen Gegenständen. Ich vermute, daß dies darauf zurückzuführen ist, daß internationale Rechtsnormen, die Objekte vor Plünderungen im Krieg schützten, religiösen Objekten einen besonderen Status zuerkennen.

Objekte sind oft Stellvertreter für Macht- und Wissensverhältnisse zwischen Menschen und Ländern. Wenn es ein Ziel ist, nicht wieder arrogant und eurozentrisch zu handeln und eine Deutungshoheit zu beanspruchen, sondern dieses Ungleichgewicht neu zu verhandeln, neu zu denken, dann muß man auch diese vielleicht etwas nebulöse Dimension mitdenken.

Eine weitere Frage wäre jene nach digitaler Restitution. Alle Museumsobjekte sind in digitale Strukturen eingebettet. Dabei ist geistiges Eigentum entstanden. Wie geht man mit diesen Rechten um? Man kann nicht nur einfach das Objekt zurückführen und dabei nicht mitdenken, wie es mit dem geistigen Eigentum an dem jeweiligen Objekt steht, mit Mustern auf einem Objekt etwa oder mit Fotografien eines Objekts. Dann hätte man vielleicht das Objekt zurückgegeben, aber das, was man von diesem über hunderte Jahre gelernt hat, hätte man ebenso in Europa behalten wie bestimmte Rechte, die mit dem Objekt zusammenhängen.

*Bezogen auf das Weltmuseum Wien wird in den Medien fast immer der Penacho, der aztekische Federkopfschmuck, als Beispiel erwähnt. Dieser wird zwar derzeit von Mexiko nicht offiziell zurückgefordert, aber es gibt eine langjährige Debatte darüber. Wie ist der aktuelle Stand?*

Bei diesem Objekt sind zwei Aspekte zu berücksichtigen. Es ist sehr früh in die Sammlung in Schloß Ambras gekommen. Damals hatte die Familie Habsburg großen Einfluß in Mexiko, auch wenn sie nicht die ersten Eroberer waren, sondern deren Nachfolger. Vermutlich gab es mehrere ähnliche Objekte. Aber dieses ist nach Ambras gelangt und als einziges übriggeblieben. Es hat im 20. Jahrhundert eine sehr große symbolische Be-



*Direktor Fine mit der Präsentation Angelo Solimans in der Ausstellung Re:Present des Weltmuseums*

deutung für Mexiko gewonnen, die nur schwer mit den historischen Ereignissen verknüpft werden kann. Aber das größte Problem ist – und das ist keine Ausrede: Das Objekt kann nicht mehr bewegt werden. Das heißt, die Frage ist nicht: Gibt es einen Penacho in Mexiko oder in Wien? Die Frage ist: Gibt es überhaupt einen Penacho? Natürlich ist es eine denkbare Position zu sagen: „Es ist wichtiger, daß dieses Objekt zurückgeht, als daß es erhalten bleibt.“ Aber die meisten mexikanischen und österreichischen Konservatorinnen und Konservatoren, die sich damit beschäftigt haben, sind der Ansicht, daß die Konservierung des Objekts Priorität hat. Und da die technischen Umstände es nicht zulassen, es zu transportieren, ohne es dabei stark zu beschädigen, bleibt es hier.

Das löst aber weder das symbolische Problem noch die ursprünglichen Fragen: Wie ist das Objekt nach Europa gekommen? Was hat es bedeutet, Mesoamerika im 15. Jahrhun-

dert zu erobern? Mit welcher Gewalt ist das erfolgt? Wie viel Gold ist im Zuge dieser Eroberung von Meso- und Südamerika nach Europa geflossen? Und wie hat das dann unsere Welt verändert? Das ist ein sehr prägnantes Beispiel für die gesamte Problematik. Aber dennoch gibt es die konkrete Frage: Soll dieses Objekt überhaupt existieren? Und wenn diese bejaht wird, muß der Penacho im Moment hierbleiben.

*Sie sitzen dem Gremium vor, das Empfehlungen bezüglich Rückgabeforderung formulieren soll. Gleichzeitig sind Sie Direktor eines Museums, zu dessen Aufgabe auch gehört, den Bestand zu erhalten. Gibt es da einen Interessenskonflikt?*

Einen „potentiellen Interessenskonflikt“, würde ich sagen. Das ist ein Begriff aus dem US-amerikanischen Rechtssystem, wo zwischen aktuellem und potentiellm Interessenskonflikt

ebenfalls unterschieden wird. Wir sind nicht im Gremium qua Museumsdirektor oder Kuratorin, sondern als Menschen, die sich mit unterschiedlichen Facetten dieses Thema beschäftigt haben. Zudem sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Museen nicht die einzigen Leute in diesem Gremium. Als dieses besetzt wurde, wurde darauf geachtet, auch Personen einzubinden, die mit keinem österreichischen Museum verbunden sind. Zweitens sprechen wir nur Empfehlungen aus. Weder ich noch das Gremium schreiben das Gesetz. Wir hoffen natürlich, daß die Politik unseren Empfehlungen folgt, aber das muß sie nicht. Und drittens gibt es eine Sensibilisierung unter den Museumskolleginnen und -kollegen im Gremium. In der Vergangenheit haben Museen die Position vertreten, daß sie ihren Sammlungsbestand in jedem Fall bewahren, behalten und nicht zurückgeben dürfen. Aber diese alte Idee von Museum herrscht nicht mehr vor. Museen ha-

ben es gelernt, daß Objekte, die sie nicht haben sollten, zurückzugeben sind. Das sieht man unter anderem bei der Restitution in Zusammenhang mit Objekten, die während der NS-Herrschaft enteignet wurden. Es hat lange gedauert, aber es geht voran. Ich habe außerdem von Beginn an gesagt, daß ich es als meine Aufgabe sehe, einen Konsens zu finden. Aber wenn es bei bestimmten Punkten keinen Konsens gibt, werden wir divergente Meinungen zu unseren Empfehlungen abgeben. Das heißt, es ist grundsätzlich Meinungsvielfalt vorgesehen. Als Jurist bin ich auf Interessenskollisionen sensibilisiert, und ich glaube, wir haben eine Struktur geschaffen, die Interessenskollisionen vermeiden kann und diese, sollten sie doch auftauchen, offen und transparent darlegt.

*Das Gremium spricht Empfehlungen für die Bundesmuseen aus. Aber auch in Landesmuseen oder privaten*

## Bundesmuseen im kolonialen Kontext

Um einen allgemeinen Umgang mit aus potenziell kolonialen Erwerbskontexten stammenden Objekten in den österreichischen Bundesmuseen zu ermöglichen, setzt Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer nun ein mit international anerkannten Expert:innen besetztes Gremium ein. Dieses soll Empfehlungen für den Umgang mit Kulturgütern aus kolonialen Erwerbskontexten in den Sammlungsbeständen bzw. mit etwaigen Rückgabeforderungen formulieren. Daraus könnte sich in weiterer Folge die Notwendigkeit legislativer Vorkehrungen ergeben.

„Das koloniale Erbe in den österreichischen Bundesmuseen wird wissenschaftlich und konzentriert aufgearbeitet. Es geht dabei nicht allein um den Umgang mit kolonialen Museumsbeständen, sondern in weiterer Folge auch um Fragen nach einer postkolonialen Museologie und Erinnerungskultur“, erklärt Staatssekretärin Andrea Mayer.

Ethnographische, naturkundliche, technische und Kunst-Museen sehen sich derzeit mit intensiven Debatten darüber konfrontiert, wie mit Sammlungsobjekten aus kolonialen Erwerbskontexten umzugehen ist. Zwar gilt Österreich historisch gesehen nicht als Kolonialmacht, doch zeigen aktuelle Forschungen vielfältige Verstrickungen der Habsburgermonarchie in koloniales Handeln.

Die Mitglieder: Jonathan Fine, Weltmuseum Wien (Vorsitz); Golda Ha-Eiros, National Museum of Namibia, Windhoek; Emmanuel Kasarhérou, Musée du Quai Branly, Paris; Henrietta Lidchi, Nationaal Museum van Wereldculturen, Rotterdam; Barbara Plankensteiner, Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt, Hamburg; Walter Sauer, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Univ. Wien; Anna Schmid, Museum der Kulturen, Basel; Katrin Vohland, Naturhistorisches Museum Wien; Miloš Vec, Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte, Univ. Wien.

*Pressemitteilung des Kulturministeriums, 20. Jänner 2022 (gekürzt)*

*Museen finden sich Objekte, die diskussionswürdig sind. Wie sollten diese damit umgehen?*

Ich denke, wenn sich der Diskurs ändert, wird es auch in den Landesmuseen und in privaten Museen eine stärkere Sensibilisierung für diese Fragen geben. Und ein Gesetz, das für die Bundesmuseen gilt, hat eine Vorbildfunktion. Es könnte also eine „Best Practice“ entstehen, die vielleicht auch für die Arbeit von anderen Museen einen Weg vorzeigt.

*In der Diskussion etwa in Deutschland wird manchmal zwischen Objekten unterschieden, die in der Hochphase des Kolonialismus geraubt wurden, und solchen, die präkolonialistisch durch Handel oder die Initiative von Einzelpersonen nach Europa gelangt sind.*

Ich bin der Meinung, es besteht auch dann Handlungsbedarf, wenn Objekte über Handel angeeignet wurden. Ich möchte der Arbeit des Gremiums nicht vorgreifen, aber ich glaube, das wird das große Thema sein, mit dem wir uns beschäftigen werden. Was ist in solchen Fällen abzuwägen? Das wird nicht einfach. Denn natürlich haben die Kolonialmächte damals das internationale Recht so geschrieben, daß ihr Handeln oft legal war. Aus heutiger Sicht würden wir aber wahrscheinlich sagen, daß nicht selten das Handeln, auch wenn es legal war, unethisch gewesen ist. Und natürlich sollten wir uns damit befassen, wie wir mit Objekten umgehen, die weder ohne die Zustimmung der früheren Eigentümer noch auf eine Weise erworben wurden, die als unethisch angesehen werden könnte, die aber dennoch – aufgrund von Ereignissen – eine enorme kulturelle Bedeutung gewonnen haben.

*Die Diskussion um Kolonialismus hat zuletzt durch das Humboldt Forum in Berlin, aber etwa auch durch die Black-Lives-Matter-Bewegung an Fahrt aufgenommen. In Österreich ist in der Pressemitteilung der Kulturstaatssekretärin über die Einsetzung des Gremiums von „vielfältigen Verstrickungen“ Österreichs in den Kolonialismus die Rede. Das wäre vor kurzem noch undenkbar gewesen. Wie ist die Wechselwirkung von tagespolitischen Ereignissen, wissenschaftlicher Auseinandersetzung und Veränderungen der gesellschaftlichen Debatte?*

Die Zusammenhänge sind vielfältig. Das Humboldt Forum bedeutet eine radikale Wende in der deutschen Vergangenheitspolitik. Auf einmal wird ein Faksimile eines königlichen Schlosses in der neu vereinten Bundesrepublik wiedererrichtet. Plötzlich ist ein kulturelles Symbol dieser neu vereinten Republik nach 1989 die Hohenzollern-Monarchie geworden. Und dann – um dieses Projekt noch zu retten – stellt man in dem Schloß außereuropäische Kunst aus.

Damit hat man nicht nur die Hohenzollern in den Mittelpunkt gestellt, sondern die Monarchie in der Phase ihrer größten Weltbedeutung und Machtausübung. Gewisse Stimmen in Deutschland haben diese Symbolik gerne aufgegriffen, während die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker nicht genau wußten, wie sie mit diesem Problem umgehen sollen.

Auf der anderen Seite gibt es die langjährigen Gewaltstrukturen, den Rassismus und die wirtschaftlichen Auswirkungen der Teilung der Welt zwischen dem sogenannten globalen Norden und dem sogenannten globalen Süden. Und diese wurden nun von vielen infrage gestellt.

Diese beiden Momente sind zusammengeskommen und haben sich gegenseitig verstärkt. Dabei werden politische, wirtschaftliche und epistemische Strukturen infrage gestellt. Die Welt, in der wir leben, ist eine Welt, die ohne diese historischen Strukturen undenkbar ist. Und das trifft genauso für Österreich zu wie für Deutschland, Frankreich, England oder China. Wir leben in einer Welt, die durch koloniale Strukturen geschaffen wurde, die Rohstoffe aus Afrika, Südamerika, Nordamerika, Eurasien angeeignet, verarbeitet und zugunsten Europas und Nordamerikas verbraucht hat.

Und auch wenn Österreich keine Kolonie oder kein Kolonialreich gehabt hat wie Deutschland oder Rußland oder Großbritannien, ist es doch ein zentraler Bestandteil dieses Systems gewesen und hat davon profitiert. Das Geld der Habsburger in Spanien beruht auf Silber, Gold und Plantagenwirtschaft in den Amerikas. Und natürlich schwappt das rüber zu den Cousins in Tirol, Wien und Prag. Das ist eine Basis, auf der die Monarchie gebaut werden konnte. Unsere große Aufgabe ist, sich dieser Geschichte zu stellen und zu fragen: Wie wollen wir heute handeln?

■  
■  
*Jonathan Fine, geb. in New York, ist Kunst- und Kulturhistoriker mit Schwerpunkt Kunst aus Afrika. Nach seinen Studien in Kunst-, Geschichts- und Rechtswissenschaften war er in den Vereinigten Staaten als Rechtsanwalt in den Bereichen Menschenrechte und internationale Handelsstreitigkeiten tätig. 2014 wurde er Kurator, später Sammlungsleiter des Ethnologischen Museums der Staatlichen Museen zu Berlin. 2021 wurde er zum wissenschaftlichen Direktor des Weltmuseums in Wien bestellt.*

*Simon Loidl ist Historiker und Mitglied der INDABA-Redaktion.*

# Flügelkampf und Galadinner

## 110jähriges Bestehen des ANC in Zeiten interner Spaltung

*Mit einem Festakt vor 2.000 Parteianhängern feierte Südafrikas Regierungspartei African National Congress (ANC) am 8. Jänner den 110. Jahrestag ihrer Gründung. Die innerparteilichen Konflikte im Zeichen von „State Capture“ sind noch lange nicht ausgeräumt. Von Christian Selz (Kapstadt).*

Nach der coronabedingten Absage der Feierlichkeiten im vergangenen Jahr fand das Ereignis, das traditionell einen Ausblick auf das Jahresprogramm der Partei gibt, nun wieder als Präsenzveranstaltung statt, wenn auch vor streng limitierter Kulisse im *Old Peter Mokaba Stadium* in Polokwane im Norden des Landes. Für den ANC wird 2022 ein prägendes Jahr. Im Dezember steht der alle fünf Jahre stattfindende Wahlparteitag an, auf dem entschieden wird, wer die Partei in die nächsten Parlamentswahlen führt.

Die Feierlichkeiten folgten für die ehemalige Befreiungsorganisation und ganz Südafrika auf eine grauenvolle Woche. Zunächst zerstörte ein verheerender Großbrand das Parlament in Kapstadt; als mutmaßlicher Täter wurde ein Erwerbsloser präsentiert, der schlafend vor dem brennenden Gebäudekomplex aufgegriffen worden war und laut Staatsanwaltschaft Diebesgut aus dem Parlament bei sich gehabt haben soll. In der Folge wurde bekannt, daß das Löschsystem nicht korrekt gewartet, die Wasserzufuhr abgestellt und selbst der Videoüberwachungsraum vier Stunden lang unbesetzt war. Als einige Tage später noch ein verurteilter Mörder, seit 2019 auf Bewährung frei, mit einem Hammer die Scheiben im

Eingangsbereich des Verfassungsgerichts in Johannesburg zerschlug, witterten etliche Medien eine neuerliche Verschwörung finsterner Mächte aus dem Lager des 2018 zum Rücktritt gezwungenen Expräsidenten Jacob Zuma.

In für ANC-Feiern ungewohnter Offenheit sprach Zumas Nachfolger als Staats- und Parteipräsident, Cyril Ramaphosa, die interne Spaltung der Partei an, als er das Statement des Nationalen Exekutivrats der Partei verlas – und immer wieder durch persönliche Anmerkungen ergänzte. *„Wir müssen die Tatsache, daß die ANC-Strukturen in einem schlechten Zustand sind, offen eingestehen und entschlossen darauf reagieren“*, heißt es in dem Dokument. Viele der Parteiverbände seien *„auf organisationsinterne Konflikte, Lagerdenken und das Voranbringen der Eigeninteressen individueller Führer ausgerichtet statt auf die Hoffnungen der Gemeinden, denen sie dienen sollten“*. Abweichend vom Manuskript kündigte Ramaphosa gegen Ende seiner Rede an, den ANC *„komplett erneuern und neu positionieren“* zu wollen.

Zwei Fragen werden für die Zukunft entscheidend sein. Die erste: Hat der Staats- und Parteichef den politischen Rückhalt für den Erneuerungsprozeß? Seitdem er Ende 2017 an die ANC-Spitze gewählt wurde, hat die Organisation Zuma aus dem Amt gedrängt und dessen Vertrauten Elias Magashule wegen Korruptionsvorwürfen vom Amt des Parteigeneralsekretärs suspendiert. Zugleich scheinen aber weite Teile des staatlichen Sicherheitsapparats noch von Zuma-Getreuen unterwandert.

### Erneuerung des ANC – realistisch?

Die zweite Frage ist, wieviel sich unter Ramaphosa überhaupt ändert oder ändern kann. Am Vorabend des Jubiläums veranstaltete der in schweren Finanznöten steckende ANC, der zuletzt nicht einmal mehr die Gehälter der eigenen Mitarbeiter zahlen konnte, erneut sein jährliches Galadinner, bei dem Unternehmer für horrenden Summen Plätze neben politischen Entscheidungsträgern kaufen können. Die Kommunikationsabteilung der Partei bezeichnete die Veranstaltung auf Twitter als *„Beitrag des ANC zur Förderung des sozialen Zusammenhalts“*.

# Dr. Desmond Mpilo Tutu †

*Wenige Tage nach seinem 90. Geburtstag verstarb der emeritierte Erzbischof am 26. Dezember 2021 in Kapstadt. James Alfred Loader, Theologe und früherer Dekan der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien, über die Bedeutung des südafrikanischen Freiheitskämpfers.*

In den vergangenen Monaten sind so viele Nachrufe und Würdigungen vom Leben des verstorbenen Erzbischofs Desmond Mpilo Tutu erschienen, daß man sich fragen darf, wozu ein weiterer nötig sei. In einem Blatt wie INDABA, das sich aus österreichischer Perspektive mit Südafrika befaßt, ist es aber ohne Weiteres klar – zumal das Blatt sich seit Jahren mit ähnlichen Themen beschäftigt, denen Dr. Tutu sein Leben gewidmet hat. Sinnvoll ist es aber auch, weil Dr. Tutu eine Wirkung in Österreich hatte, die einen Höhepunkt in der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Wien gefunden hat.

Dr. Tutu hat an erster Stelle in seiner Heimat Südafrika, aber auch in vielen anderen Regionen der Welt so enorm zu Gerechtigkeit, Frieden und der Aufrichtung der Unterdrückten beigetragen, daß sich seine Errungenschaft wie ein realisiertes Kapitel der Prophetien von Deutero-Jesaja liest. Seine Rolle im Streit gegen Rassismus, Diskriminierung und Unrecht in der durch Apartheid geprägten Gesellschaft der Vergangenheit sowie seine prophetische Stimme zu diesen und ähnlichen Themen in den darauffolgenden Jahren haben ihn zu einem der meist respektierten Menschen unserer Zeit gemacht und ihm den Nobelpreis sowie zahllose Auszeichnungen quer durch die Welt verdient.

In Österreich hat die *Evangelisch-Theologische Fakultät* sich 2009 dieser Sicht angeschlossen. Damit kommt zum Ausdruck, daß die Arbeit des Erzbischofs zwar in sozialer Hinsicht, aber auch wissenschaftlich zu würdigen ist. Sein wissenschaftliches Schaffen ist von einem solchen Ausmaß, daß man sagen kann, er habe seinem Fach ein neues Gesicht gegeben. Er hat nämlich beträchtlich zur Theologie als Fachwissenschaft beigetragen, indem er die Grundlagen des südafrikanischen „ubuntu“-Denkens (Philosophie der Mitmenschlichkeit) mit theologischem Denken integriert hat. Dadurch ist eine öffentlich relevante theologische Orientierung entstanden, d.h. eine *public theology*. In aller Welt wurden Institute und Zentren für öffentlich relevante Theologie gegründet, so daß diese Herangehensweise heute fest etabliert ist. Daher soll seine „Ubuntu-Theologie“ keineswegs als lediglich allgemeinverständliche oder popularisierte Theologie mißverstanden werden, sondern zutiefst als eine wissenschaftlich verantwortbare Theologie der Mitmenschlichkeit oder der Solidarität unter Menschen gewürdigt werden.

Dr. Tutu hat diesen Grundgedanken aber auch eine besondere greifbare Ausprägung gegeben. Am bekanntesten ist wohl seine Arbeit als

Vorsitzender der *Truth and Reconciliation Commission* (Wahrheits- und Versöhnungskommission) in Südafrika. Nach dem Fall der Apartheid hat er auf Einladung der neuen Regierung die Leitung einer Kommission übernommen, um Täter und Opfer einander begegnen zu lassen und damit zu Versöhnung zu bringen. So erfolgreich war diese Arbeit, daß er auch von anderen Regierungen in Konfliktgebieten der Welt um ähnliche Initiativen gebeten wurde, wo positive Erfolge gleichfalls verbucht werden konnten. Auch in Südafrika selbst hat er Aktionen begonnen, die sein Ubuntu-Denken zum Ausdruck brachten und noch bringen. Eine der wichtigsten davon ist sein groß angelegtes Projekt zur Bekämpfung von HIV/Aids in Afrika. Aus diesen Gründen – für die noch leicht weitere Beispiele angegeben werden können – haben sein Denken, seine Theologie sowie seine praktische Tätigkeit im Post-Apartheid-Südafrika große internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen und eine bleibende Wirkung sowohl in der Gesellschaft als auch in der akademischen Sphäre, einschließlich der deutschsprachigen, gehabt.

Eine wichtige Dimension der Größe von Desmond Tutu ist in seinem persönlichen Stil zu beobachten. Er hat seine Aufgabe vorbehaltlos

als prophetisch betrachtet. Das bedeutet nicht, daß er sich als große Figur präsentierte, sondern daß er seiner Überzeugung kompromißlos treu blieb. Das war ihm im Lichte seines Glaubens ungeachtet der potentiellen Folgen selbstverständlich, schwierig oder nicht. Sein Credo war, daß man alles und alle mit dem gleichen Maßstab messen muß. Daher konnte er so lange Zeit gegen die übermächtig scheinenden Kräfte eines repressiven Regimes agieren. Manche würden sagen, er tat das „souverän“, aber von eigener Souveränität konnte er als Person nie sprechen, da er alles, was er tat, aus dem Kraft seines Glaubens tat. So konnte er zum Beispiel niemanden Geringeren als Nelson Mandela kritisch ansprechen – und hatte damit auch Erfolg.

In Wien wollte er seine jahrelange Gewohnheit nicht aufgeben, täglich nach dem Mittagessen eine Weile der Introspektion und dem Gebet zu widmen. Da mußten die Masse von Journalisten und sogar der Rektor der Universität einfach warten, bis er von der Quelle seiner Kraft – wie er sagte – zurückkehrte. Schon bei seiner Ankunft am Flughafen mußten alle Prominenz, rote Teppiche und Limousinen warten, während er unter dem Flugzeug sämtlichen Technikern und Arbeitern mit Handschlag dankte, daß sie geholfen hatten, ihn sicher nach Wien zu bringen.

**I**ch schließe meinen Nachruf mit einer persönlichen Erinnerung. Meine erste Begegnung mit dem damaligen Bischof Tutu fand 1979 an der Universität von Pretoria statt. Mit ihm waren zu einer Podiumbesprechung eingeladen: Prof. Carel Boshoff, Schwiegersohn des ehemaligen Ministerpräsidenten von Südafrika Hen-



Überreichung der Ehrendoktoratsurkunde der Universität Wien an Desmond Tutu, Juni 2009 (li. James Alfred Loader)

drik Verwoerd, die opponierende Stimme von Dr. O'Brien Geldenhuys, damals genannt „das Gewissen“ seiner Kirche in Südafrika, und ich. Das Thema war „Die Verwendung der Bibel in der Debatte über die Apartheid“. In dieser Auseinandersetzung spielte die Frage, ob und inwiefern die Bibel eine Rolle in der Rechtfertigung der Apartheid haben oder vielmehr den Widerstand gegen die Apartheid untermauern könnte. Auf der einen Seite beriefen sich die Apartheidstheologen auf die vielen Hinweise im Alten Testament, daß Israel sich von den anderen Völkern absondern und sich also „apart“ halten sollte. Auf der anderen Seite beriefen sich die Gegner der Apartheid auf die Befreiung Israels aus der Knechtschaft in Ägypten, und zwar als Beweis, daß Gott auf der Seite der Unterdrückten in Südafrika steht. Alles das war natürlich in einer Debatte mit den eingeladenen Teilnehmern an einer Universität mit (damals) zwei theologischen Fakultäten vorprogrammiert. Da eine einfache Antwort auf eine Frage, die sich vor

Millennien den Völkern im Nahen Osten nicht stellte, schlechthin unmöglich ist, drückte Tutu seine Reaktion folgendermaßen aus (sinngemäß): Die Frage sei nicht, ob Israel vor Millenniumen die Apartheid praktizierte oder opponierte, sondern ob Gerechtigkeit heute durchgesetzt wird und das, was ungerecht ist, heute demontiert wird. Um das aber zu erreichen, sei er nicht bereit, die Zustimmung von Apartheidstheologen für seine Verwendung der Bibel zu ersuchen. Das ist für mich Ausdruck geblieben von der Geisteshaltung eines Kämpfers für Gerechtigkeit, in der die Liebe für alle immer der tiefste Grund war. Das konnte man in seiner Tätigkeit für die Wahrheits- und Versöhnungskommission sehen und genau so in seiner Anwendung des gleichen prophetischen Maßstabs an Nachfolger, die dem Erbe von Mandelas Größe nicht gewachsen waren.

Vor dem Hintergrund des hier nur skizzenhaft Gesagten bleibe sein Andenken unvergeßlich.

# Erste Wahlvorbereitungen

*In Anbetracht der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen kommenden Jahr warnt das Media Institute of Southern Africa (MISA) vor Gesetzesentwürfen der Regierung Zimbabwes, die die Aufklärungsarbeit von Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen blockieren könnten. Von Daniel Stögerer.*

**B**ei Wahlen in fragilen Staaten geht es für zahlreiche Journalist/inn/en und Bürger/innen um Leben und Tod“, erklärte das Media Institute of Southern Africa (MISA) am 19. Jänner in einer Presseaussendung. Die international agierende, in Windhoek beheimatete Organisation setzt sich für die Förderung von Presse- und Meinungsfreiheit in der SADC-Region ein und sieht in Zimbabwes Regierungsarbeit Initiativen, ebendiese Freiheiten bis zu den kommenden Wahlen weiter einzuschränken.

MISA erwähnte in diesem Zusammenhang die laufenden Verhaftungen, Entführungen und Mißhandlungen von Journalist/inn/en und politischen Aktivist/inn/en in Zimbabwe, wie zum Beispiel den Fall von Hopewell Chin'ono, der 2020 infolge seiner Aufdeckung eines Korruptionsskandals in der Höhe von 60 Millionen US-Dollar, der die staatliche Anschaffung von COVID-Schutzrüstung betraf, dreimal verhaftet wurde (INDABA 109/21).

**M**indestens ebenso besorgniserregend seien laut MISA allerdings Gesetzesentwürfe, die von der zimbabwe'schen Regierung während der COVID-19-Pandemie vor-

gelegt wurden, um die Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft einzuschränken. Ein Beispiel dafür wäre die sogenannte *Patriotic Bill*, deren Notwendigkeit Anfang 2021 im Parlament diskutiert wurde. Das Dokument sollte unpatriotisches Verhalten und Kollaboration mit Zimbabwe übel gesinnten Regierungen strafbar machen. Interpretationsspielräume bei den Straftatbeständen entlarvten es allerdings als einen Versuch, der Verfolgung von Regierungskritiker/innen eine gesetzliche Grundlage zu geben. Die Parlamentsverhandlungen verliefen vorerst im Sand. Derzeit wird im Parlament über die *Private Voluntary Organizations Amendment Bill* verhandelt.

Der Gesetzesentwurf soll vorgeblich Geldwäsche und politisches Lobbying bei Freiwilligenorganisationen unterbinden. Laut einer Analyse der Organisation *Veritas*, die der breiten Bevölkerung Informationen über rechtliche Entwicklungen in Zimbabwe zugänglich macht, widerspricht die PVO-Bill aber an zahlreichen Stellen der zimbabwe'schen Verfassung und läuft ebenfalls aufgrund ihrer vagen Definition von Straftatbeständen Gefahr, zur

Unterdrückung von zivilgesellschaftlichen Organisationen mißbraucht zu werden.

**G**erade im Hinblick auf die kommenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2023 bilden Zimbabwes zahlreiche zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Dorn im Auge der Regierung. Mit Aufklärungsarbeit und Rechtsinformation schaffen sie Demokratiebewußtsein in der Bevölkerung (wie z. B. Kubatana: INDABA 110/21) und mobilisieren aufgrund ihrer zumeist regierungskritischen Haltung einen großen Kreis von Oppositionswähler/inne/n. Es bleibt abzuwarten, ob und wie diese Gesetze in Kraft treten werden, zumal das Recht auf freie Meinungsäußerung fest in Artikel 61 von Zimbabwes Verfassung verankert ist.

## Gesetze zur Knebelung der NGOs

Es bleibt abzuwarten, ob und wie diese Gesetze in Kraft treten werden, zumal das Recht auf freie Meinungsäußerung fest in Artikel 61 von Zimbabwes Verfassung verankert ist.

Weiterführende Information zur *Patriotic Bill*: [www.veritaszim.net/node/4827](http://www.veritaszim.net/node/4827).

Die *Veritas*-Analyse der *PVO-Bill*: [www.veritaszim.net/node/5352](http://www.veritaszim.net/node/5352).



## UN-Sicherheitsrat und Afrika

Von Adalbert Krims

Die Afrikanische Union fordert zwei ständige Sitze im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen! In seiner Eröffnungsrede beim 35. Gipfeltreffen der Afrikanischen Union in Addis Abeba am 5. Februar betonte der äthiopische Ministerpräsident Abiy Ahmed als Gastgeber: *„Afrikas Stimme muß auf der Weltbühne laut und deutlich zu hören sein. Afrika muß auch in wichtigen internationalen Gremien vertreten sein. Heute, mehr als sieben Jahrzehnte nach der Gründung der Vereinten Nationen, ist Afrika nach wie vor ein Juniorpartner ohne bedeutenden Beitrag oder Rolle im System der internationalen Entscheidungsstrukturen. Dies gilt insbesondere für die Vereinten Nationen, wo Afrika im Sicherheitsrat nicht ausreichend vertreten ist und in vielerlei Hinsicht unterrepräsentiert ist. Es ist an der Zeit, das System der Vereinten Nationen zu reformieren und neu zu beleben, um den aktuellen globalen Realitäten Rechnung zu tragen und sicherzustellen, daß es ein repräsentativeres und gerechteres Gremium ist. ... Im Einklang mit unserem Ezulwini-Konsens von 2005 sollten wir gemeinsam darauf bestehen, daß Afrikas vernünftige Forderung nach nicht weniger als zwei ständigen Sitzen und fünf nicht-ständigen Sitzen im UN-Sicherheitsrat angenommen wird.“*

Daß der 1945 gegründete UN-Sicherheitsrat, der die geopolitischen Verhältnisse nach Ende des Zweiten Weltkriegs widerspiegelt, reformiert werden muß, wird von niemandem bestritten. Immerhin ist der Weltsicherheitsrat das mächtigste internationale Gremium, dessen Hauptaufgabe die Gewährleistung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist. Er ist das einzige Organ, das für alle Staaten bindende Beschlüsse – inkl. Sanktionen und sogar militärische Aktionen – fassen kann. In der UNO-Charta wurde den fünf Siegermächten des Zweiten Weltkrieges je ein ständiger Sitz im höchsten Gremium garantiert, der auch mit einem Vetorecht bei allen Entscheidungen ausgestattet ist. Darüber hinaus gibt es noch 10 nicht-ständige Mitglieder, die für jeweils zwei Jahre von der UNO-Generalversammlung nach regionalen Gesichtspunkten gewählt werden.

Seit Anfang der 1990er Jahre gibt es konkrete internationale Diskussionen über eine Reform des Si-

cherheitsrates, um ihn an die inzwischen geänderten weltpolitischen Verhältnisse anzupassen. Denn es wurde immer klarer, daß ohne eine angemessene Repräsentanz des globalen Südens, aber auch der zentralen Beitragsleister zum System der Vereinten Nationen, der Sicherheitsrat Gefahr läuft, an Legitimität und Autorität zu verlieren. So wird das Gewaltmonopol des Sicherheitsrates vermehrt durch einseitige oder multilaterale Militäraktionen umgangen (wie in Jugoslawien oder im Irak) und auch Sanktionen werden von Staatengruppen (wie u. a. der EU) am Sicherheitsrat vorbei verhängt. Diese Schwächung des globalen UN-Systems wird dann auch noch mit der mangelnden Handlungsfähigkeit der UNO begründet, die nicht zuletzt auf den fehlenden politischen Willen der einflußreichsten Mitgliedsländer zurückzuführen ist.

Eine wirkliche Reform des Sicherheitsrates erfordert eine Änderung der UNO-Charta, für die aber eine Zweidrittelmehrheit in der UNO-Generalversammlung sowie die Zustimmung der fünf ständigen Mitglieder notwendig ist. Das würde aber bedeuten, daß USA, Rußland, China, Großbritannien und Frankreich evt. für eine Einschränkung oder gar Abschaffung ihres Vetorechts stimmen müßten. Da das praktisch unmöglich ist, geht die Diskussion in Richtung einer Vergrößerung des Sicherheitsrates inkl. einer Aufstockung der Zahl der ständigen Mitglieder, wobei die Frage umstritten ist, ob diese ebenfalls ein Vetorecht haben sollen, weil vor allem die 5 Gründungsmitglieder ihre privilegierte Position beibehalten wollen.

Die Afrikanische Union, der mit 53 Mitgliedern größte regionale Staatenverband innerhalb der 191 Staaten umfassenden Vereinten Nationen, hat seit dem Konsens von Elzuwini (Swasiland, heute Eswatini) im Jahre 2005 eine einheitliche Position, die nun beim AU-Gipfel in Addis Abeba bekräftigt wurde: Aufstockung des Weltsicherheitsrates auf insgesamt 26, davon 11 ständige Mitglieder; für Afrika 2 ständige Sitze mit Vetorecht sowie 5 nicht-ständige Mitglieder, wobei alle von der AU bestimmt werden sollen. Wahrscheinlich wird dieser Vorschlag nicht zur Gänze durchsetzbar sein, dennoch hat die AU damit einen wichtigen Beitrag für ein globales Sicherheitssystem geleistet.

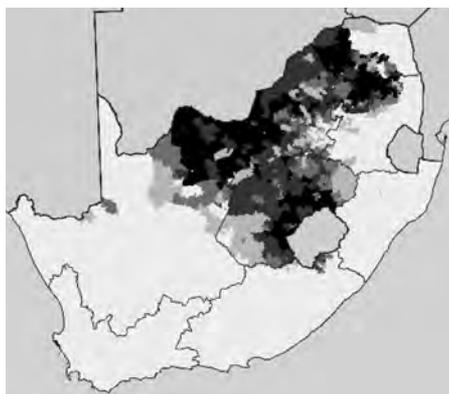
# Univie goes isiZulu

## Südafrika: Sprachliche Vielfalt und Vielsprachigkeit als Norm

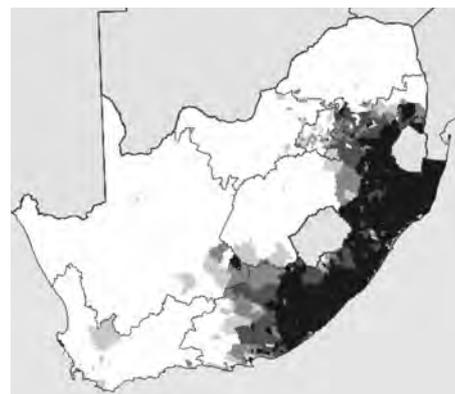
*Während sich touristische Aktivitäten in Südafrika oft um die Fauna des Landes drehen und das Interesse vieler Tourist/innen vornehmlich auf die ‚Big Five‘ gerichtet ist, hat das Land mit seiner enormen Vielfalt kultureller Manifestationen viel mehr zu bieten. Es zeichnet sich durch eine große Zahl ethnischer Identitäten und eine bemerkenswerte sprachliche Vielfalt aus. Von Nkosinathi Dlamini und Karlheinz Mörth.*

Die Verfassung des Landes anerkennt elf offizielle Sprachen, die alle mit jeweils ganz spezifischen Eigenheiten, eigenen Bräuchen, eigener Musik, eigener Dichtung einhergehen. Die Verfassung versucht zwar deutlich, sich vom kolonialen Bilingualismus abzusetzen, der sich in Englisch und Afrikaans erschöpft. Dennoch sind die linguistischen Verhältnisse zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Apartheid-Regimes nach wie vor stark durch aus kolonialen Strukturen erwachsene Charakteristika gekennzeichnet, in der Afrikaans und Englisch in weiten Bereichen der Gesellschaft die dominanten Varietäten darstellen. Dies trifft insbesondere auf die akademische Welt zu, in der andere Sprachen eine bestenfalls marginale Rolle spielen. Das Prestige der neun nicht durch die Europäer mitgebrachten Sprachen ist nach wie vor verhältnismäßig gering. Um am Arbeitsmarkt Erfolg zu haben, braucht man in vielen Fällen gute Kenntnisse in Englisch respektive Afrikaans, weswegen die meisten Schulen diese als primäre Unterrichtssprache wählen und die Erstsprachen der meisten Schüler/innen nur Unterrichtsgegenstand, nicht aber Unterrichtssprache sind.

Die linguistische Situation im Südlichen Afrika unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht grundsätzlich von dem, was wir aus Europa kennen. Ein Blick auf die linguistische Landkarte Afrikas südlich der Sahara zeigt beispielsweise, daß die sprachliche Differenzierung sehr kleinteilig ist, das heißt, daß es eine große Zahl unterschiedlicher Sprachen gibt und nur verhältnismäßig wenige unter diesen von



Nguni-Sprachen (@Wikimedia)



Sotho-Tswana-Sprachen (@Wikimedia)

vielen Millionen gesprochen werden. Neben dem südafrikanischen Englisch und Afrikaans dominieren zwei Sprachgruppen die linguistische Landschaft der Republik Südafrika: die Sotho-Tswana-Sprachen mit Sesotho, Setswana und Sepedi im Zentrum und im Norden des Landes, sowie die Nguni-Sprachen mit isiNdebele, siSwati, isiZulu, und isiXhosa hauptsächlich in den Provinzen Ostkap und KwaZulu-Natal.

Die gegenseitige Verständlichkeit der Varietäten innerhalb dieser beiden Gruppen ist weitgehend gegeben, über die Gruppengrenzen hinweg sind die sprachlichen Unterschiede jedoch zu groß, als daß man sich verständigen könnte. Bemerkenswert ist der Grad an Vielsprachigkeit unter den Südafrikaner/innen, ein Phänomen das über alle sozialen und linguistischen Grenzen hinweg zu finden ist. Mehrere Sprachen fließend zu beherrschen, ist keineswegs ungewöhnlich, in der alltäglichen Kommunikation springt man, insbesondere in den urbanen Zentren, die ethnische Schmelztiegel darstellen, je nach Bedarf zwischen den einzelnen Idiomen hin und her: ein ideales Feld für Forscher/innen, die sich für so-

ziolinguistische Phänomene wie Codeswitching, Translanguaging oder Mehrsprachigkeit interessieren.

**U**nter den Sprachen der Nguni-Gruppe ist isiZulu (wir bemühen uns konsequent, die Eigenbezeichnung mit dem großgeschriebenen Binnen-Z zu gebrauchen), die Sprache des Volkes der amaZulu, im Hinblick auf die Zahl der Sprecher/innen die größte Gruppe. Es wird überwiegend im östlichen und nordöstlichen Südafrika gesprochen, insbesondere in KwaZulu-Natal, im nordöstlichen Freistaat und im südöstlichen Mpumalanga. 2018 sprachen 25,3 % aller Südafrikaner/innen zu Hause isiZulu (≈14.600.000 von 57.725.600), was es in statistischer Hinsicht zur bedeutendsten Sprache des Landes macht.

IsiZulu verfügt über phonologische Eigenheiten, die schon beim erstmaligen Hören auffallen: die sogenannten Click-Laute. Wie fast alle Sprachen im Südlichen Afrika ist isiZulu eine Tonsprache. Als agglutinierende Sprache verwendet es zahlreiche Vor- und Nachsilben, um grammatische Funktionen zu bestimmen. In dieser Hinsicht ähnelt es dem Ungarischen, Finnischen oder Türkischen. Im Gegensatz zu diesen Sprachen werden die grammatischen Funktionen allerdings hauptsächlich durch Vorsilben ausgedrückt. Daher werden beispielsweise Plurale im isiZulu in der Regel am Wortanfang und nicht am Wortende markiert. IsiZulu ist eine Klassensprache, die zwischen Zahl und Person unterscheidet, aber kein grammatisches Geschlecht kennt. Bei aller Komplexität ist das Sprachsystem sehr regelmäßig und darum relativ leicht zu verstehen.

IsiZulu ist zunehmend auch im Internet vertreten. Es gibt mehrere online verfügbare Zeitungen und Journale, und auch in den sozialen Medien findet sich Vieles in isiZulu. Die Literatur umfaßt ein weites Feld an unterschiedlichen Domänen und Textsorten. Es wird viel Poesie publiziert, aber auch Romane und Novellen sind in den Regalen der Buchgeschäfte zu finden. Unter weiten Teilen der Bevölkerung spielt die Bedeutung oraler Literatur ebenfalls eine große Rolle.

**S**eit vielen Jahren lebt in Wien eine Gruppe aus Zimbabwe stammender Musiker, die in ihrer unvergleichlichen Fusion-Musik traditionelle Musik mit Mozart zusammenbringen (INDABA 28/00). Sich in Wien mit der Sprache, in der viele Lieder der Gruppe MoZuluArt (<http://www.mozuluart.at/>) gesungen werden, zu beschäftigen, war bis vor kurzem nur im Selbststudium möglich. Diese Situation hat sich seit 2019 fundamental geändert, dem Jahr, in dem das *Institut für Afrikawissenschaften* der Universität Wien erstmals eine Einführung ins isiZulu an-

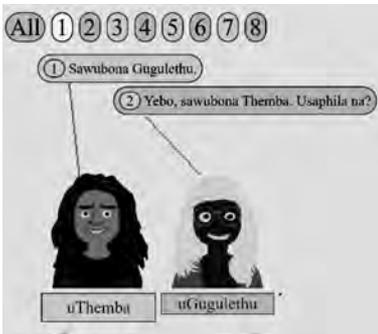
geboten hat, das seitdem als Teil des regulären Curriculums unterrichtet wird. Neben dem Erwerb eines fundierten theoretischen Verständnisses des Sprachsystems geht es auch um die Vermittlung aktiver Sprachkenntnisse. Mit isiZulu erhalten die Studierenden ein effizientes Forschungswerkzeug, das es ihnen erlaubt, sich in neuen sozialen Umgebungen zu bewegen, aktiv Forschung in einem afrikanischen Land durchzuführen sowie eine direkte ‚linguistische‘ Tür zur Lebenswelt vieler Südafrikaner/innen zu erhalten. Mit dem Angebot einer südafrikanischen Sprache sind nun alle Himmelsrichtungen des afrikanischen Kontinents im Angebot der Universität Wien vertreten: neben dem in Nordafrika dominierenden Arabisch, das in unterschiedlichen Varietäten am *Institut für Orientalistik* unterrichtet wird, bietet das Institut für Afrikawissenschaften das in Westafrika gesprochene Hausa und das vor allem in Ostafrika verbreitete Kiswahili als Teil des regulären Curriculums an. IsiZulu deckt den Süden ab und komplementiert so auch auf Südafrika fokussierte Forschungsinteressen der letzten Jahre. Unseres Wissens existieren derzeit in Europa nur zwei akademische Bildungseinrichtungen, die einen tiefer gehenden isiZulu-Kurs anbieten, die *SOAS University of London* und das Institut für Afrikawissenschaften.

**d**ie Etablierung dieses Kurses an der Universität Wien fällt in eine Zeit, in der der digitale Turn nun ebenso in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen Einzug hält. In allen Bereichen finden vermehrt digitale Tools und Methoden Anwendung. Die Notwendigkeit, Unterrichtsmaterialien auch digital zur Verfügung zu stellen, wurde in den letzten Monaten natürlich auch durch die Pandemie und die Verlagerung der universitären Lehre ins Internet beschleunigt. In diesem Zusammenhang darf allerdings nicht aus den Augen verloren werden, daß Vieles von dem, was in dieser Zeit der Krise entstanden ist, ohne zusätzliche Ressourcen und mit einfachsten Mitteln entstanden ist, und zahlreiche Möglichkeiten, die die neuen Medien bieten könnten, nicht wirklich genutzt wurden und werden. Der Großteil des entstandenen Materials erschöpft sich in gestreamten Vorlesungen, die dann als Film zur Verfügung gestellt werden, und online publizierte Texten, oft in Form von Dokumenten im PDF-Format. Gerade der Sprachunterricht bedürfte anderer Ansätze, die allerdings ohne entsprechende zusätzliche Ressourcen nur schwer umsetzbar sind.

IsiZulu gehört zu den Sprachen, die im Hinblick auf Erforschung und Didaktik verhältnismäßig gut erschlossen sind. Ein praktisches Problem für den Unterricht stellte jedoch von allem Anfang der Mangel an verfügbaren Unterrichtsmaterialien dar. Es existieren zwar zahlreiche Lehr-



Inhalt von Lektion 4



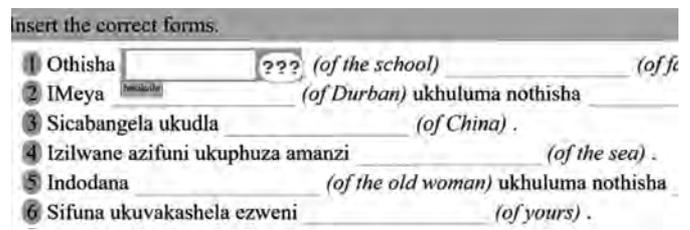
Interaktiver Dialog

bücher, allerdings ist wenig verfügbar, was für einen umfangreicheren akademischen Sprachunterricht nötig wäre, was die Kursleiter dazu bewegen, sich selbst an die Erstellung neuer Materialien zu machen.

In den ersten beiden Jahren des Kurses konzentrierte sich die Arbeit an den digitalen Sprachressourcen auf die Ausarbeitung einer detaillierten und zeitgemäßen Beschreibung der Grammatik, auf zahlreiche interaktive Dialoge, Texte, Audiomaterial, interaktive Übungen und ein digitales Wörterbuch. Ein wesentlicher Punkt bestand hierbei in der Berücksichtigung der grundlegenden Prämissen der Digital Humanities: um möglichst breit und nachhaltig einsetzbares Material zu erstellen, gilt es, die Aspekte der Standardkonformität, Interoperabilität und Präservierbarkeit der Daten

von allem Anfang an mitzudenken. Seriöse Datenproduktion bedarf gerade in den Geisteswissenschaften mit ihren komplexen Begriffswelten einer ernsthaft durchgeführten Datenmodellierung.

Dieser Teil des Projekts wurde durch eine enge Kooperation zwischen dem Institut für Afrikawissenschaften und dem *Austrian Centre for Digital Humanities and Cultural Heritage (ACDH-CH)* der *Österreichischen Akademie der Wissenschaften* ermöglicht, was dem Unterfangen neben der didaktisch-sprachwissenschaftlichen Perspektive auch eine deutlich sichtbare text-technologische Komponente verlieh. Ein Eckpfeiler, der bei der Erstellung aller digitalen Materialien des Kurses eine zentrale Rolle spielt, sind die Richtlinien der *Text Encoding Initiative*, die über mehrere Jahrzehnte zu einem De-facto-Standard in der digitalen akademischen Textproduktion geworden ist. Das ACDH-CH ist eines der Zentren für die Produktion digitaler Editionen im Lande und verfolgt einen Schwerpunkt im



Bereich der digitalen Lexikographie. Einen neuen Bereich, der in den einschlägigen Communities bis dato wenig Berücksichtigung fand, stellt die Modellierung von sowohl grammatikalischen Daten als auch von digitaler Courseware dar, was den Kurs zusätzlich zu einem spannenden Entwicklungsbereich in der technologischen Entwicklung macht.

Ein weiteres Produkt, in das durch die Etablierung des Universitätskurses vermehrt Arbeit geflossen ist, ist das *Concise isiZulu-English Internet Dictionary (CIEID)*, ein ausschließlich im Internet publiziertes Wörterbuch, welches im Hinblick auf die fehlende Verfügbarkeit anderer derartiger Ressourcen ein für den Kurs sehr wichtiges Teilunterfangen darstellt. Es gibt zahlreiche gedruckte Werke, von denen sich allerdings bei genauerem Hinsehen eine Reihe als aus der gleichen Quelle schöpfende Produkte herausstellen. *Doke und Vilakazis Zulu-English Dictionary* (1964; zweite Auflage) ist nach wie vor das einzige zweisprachige Wörterbuch, das akademischen Ansprüchen Genüge tut. Es existieren zwei einsprachige isiZulu-Wörterbücher, *Sibusiso Nyembezis Isichazamazwi Sanamuhla Nangomuso* (1992) und *M.O. Mbathas Isichazamazwi SesiZulu* (2006), und ein online verfügbares Wörterbuch (<https://isizulu.net/>), das allerdings im Umfang sehr beschränkt ist.

Das in Wien ausgearbeitete Wörterbuch ist ein bilinguales isiZulu-Englisch-Wörterbuch. Die Arbeit daran hat einen sehr experimentellen Charakter, da es auch als Testumgebung für den *Viennese Lexicographic Editor* diente, einem digitalen Tool zum Kompilieren von Wörterbüchern, das seit vielen Jahren am ACDH-CH entwickelt wird. Darüber hinaus wurde intensiv an der Modellierung der digitalen Repräsentation der lexikalischen Daten gearbeitet, was auch deswegen von Bedeutung ist, als daß für Sprachen der Niger-Kongo-Familie noch kaum standardkonforme Vorlagen existieren.

Der Schwerpunkt bei der Kompilation des Wörterbuchs lag bis dato auf zeitgenössischem städtischem isiZulu. Die Datenerfassung erfolgt in zwei Richtungen: einerseits werden hochfrequente lexikalische Elemente aufgenommen, die in den meisten Lehrbüchern verwendet werden. Darüber hinaus

wird auch versucht, schwerpunktmäßig Lemmata zu erfassen, die in anderen Wörterbüchern nicht verzeichnet sind. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf Neologismen und Lehnwörtern, die für Lernende besonders wichtig sind und in vergleichbaren anderen Werken oft keine Berücksichtigung finden.

Die zeitgemäße Produktion von Wörterbüchern erfordert den Einsatz sogenannter Corpora, digitaler Textsammlungen, die die empirische Grundlage für die Wörterbucheinträge darstellen. Während Wörterbücher früher oft durch Introspektion der Kompilator/inn/en entstanden, arbeitet man in der modernen Lexikographie mit digitalen Corpora. Für das CIEID wurde ein eigenes Corpus erstellt, das sich aus verschiedenen Internetquellen, insbesondere online publizierten Zeitungen speist. Die Daten wurden über mehrere Jahre gesammelt und über eine linguistische Suchmaschine durchsuchbar gemacht. Im Oktober 2021 enthielt das Corpus 12.727.434 Wortformen. Mit Stand vom 1.10.2021 enthält das veröffentlichte Wörterbuch rund 9600 Lemmata und 6577 Beispielsätze. Während der Kurs derzeit nur den Studierenden zugänglich ist, kann das Wörterbuch unter der Adresse <https://zuludict.acdh.oeaw.ac.at/zuludict/> konsultiert werden.



Interaktiver Übung

mester und es läßt sich bereits einiges an Reisetätigkeit in den sonnigen Süden erkennen.

Abschließend ist es uns wichtig festzustellen, daß unser neuer Kurs auf einem Konzept von Sprachvermittlung basiert, das den Anspruch hat, den Studierenden ein verstärktes Bewußtsein um die Bedeutung von Sprache näherzubringen. Sprache als dynamisches System, das laufender Veränderung unterworfen ist und von den sie nutzenden Menschen kontinuierlich weiterentwickelt wird, versteht sich so als ein wesentlicher Schlüssel zum Verständnis der menschlichen Gesellschaft, als Mittel zur Förderung von Diversität, als Mittel der Dekolonisierung sowie als Mittel im anti-rassistischen Diskurs. Sprachdidaktik stellt dabei eine inter- und transdisziplinäre Querschnittsmaterie dar, die es den Studierenden unter anderem ermöglichen soll, mehr interkulturelle Kompetenz zu entwickeln. Durch die Integration von Fragen der besonderen sozio-historischen Situation des modernen Südafrika in den Unterricht wird versucht, die Themen von Sprachwandel, Code-Switching, Sprachtransfer und Interferenz in einer fluiden und lebendigen, multiethnischen und mehrsprachigen Gesellschaft in einem neuen Licht darzustellen, und sich einem tieferen Verständnis von Südafrika nach der Apartheid anzunähern.

**M**it der Etablierung des Kurses gehen mehrere Ziele einher: Einerseits besteht natürlich die Hoffnung, mehr linguistische Forschung zu isiZulu und den nahe verwandten Sprachen zu generieren. Andererseits soll der Kurs den Studierenden ein Mittel an die Hand zu geben, sich souverän im Land bewegen zu können und einen direkten Zugang zu großen Teilen der südafrikanischen Bevölkerung zu erhalten. Sprache versteht sich in diesem Sinne als wichtiges Forschungsinstrument, durch dessen Einsatz die Beantwortung neuer Forschungsfragen mit neuen Forschungsergebnissen möglich wird. Die Erfahrung aus den vergangenen Unterrichtssemestern hat gezeigt, daß die Studierenden verhältnismäßig schnell in die Lage versetzt werden, Gedanken, Ideen und Gefühle in der neuen Sprache auszudrücken, und sich nach vier Semestern über eine breite Palette an Themen des täglichen Lebens zu verständigen. Mittlerweile geht die erste Generation von Studierenden unseres Kurses in das vierte Se-

*Nkosinathi Dlamini ist Universitätslektor für isiZulu am Institut für Afrikawissenschaften der Universität Wien. Sein derzeitiger Forschungsschwerpunkt sind traditionelle Amahubo, „Hymnen, Lieder“, die im kulturellen, religiösen und politischen Leben der amaZulu eine zentrale Rolle einnehmen. Er ist ein begeisterter Polyglott mit einer unstillbaren Leidenschaft für Sprache und Musik, den eine große Liebe zum Unterrichten und zur Schaffung eines fruchtbaren Umfelds für das Sprachenlernen und den Diskurs im Hörsaal auszeichnet.*

*Karlheinz Mörth ist wissenschaftlicher Direktor am Austrian Centre for Digital Humanities and Cultural Heritage der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und unterrichtet an der Universität Wien isiZulu und Neupersisch. Seine linguistischen Interessen, die ursprünglich vornehmlich im Nahen Osten angesiedelt waren, erstrecken sich seit vielen Jahren auch auf afrikanische Sprachen. Neben seinen sprachlichen Interessen arbeitet er vor allem in den Bereichen digitale Lexikographie und digitale Infrastrukturen für die Geisteswissenschaften.*

# Sagen Sie nichts gegen Telefonbücher!

*50 Jahre Basler Afrika Bibliographien – Bibliothek, Verlag und Archiv zum südlichen Afrika mit speziellem Fokus auf Namibia. Die Partnerorganisation der SADOCC in der Schweiz feierte einen runden Geburtstag. Von Christian Vandersee.*

Als man ihn in den Anfangszeiten seiner institutionellen Sammlungstätigkeit stirnrundelnd auf seine Kollektion namibischer Telefonbücher ansprach, entgegnete Carl Schlettwein vehement, Telefonbücher enthielten unzählige wertvolle Informationen: Wer wann wo gewesen sei, wieviele Menschen hinzugekommen und wer nicht mehr aufgeführt würde etc. Das leidenschaftliche Sammeln von Informationen und Daten zu Namibia wurde sein Lebensinhalt, und der Ort, an dem sich dies über die Jahrzehnte manifestierte, befindet sich in Basel.

*Das BAB-Team nach der Ausstellungsvernissage*



Im vergangenen Jahr begingen die „Basler Afrika Bibliographien“ (BAB) nun ihr 50jähriges Bestehen. Von Carl Schlettwein Anfang der 70er Jahre als private Bibliothek und Verlag gegründet und seit 1994 Teil der *Basler Carl Schlettwein Stiftung*, sind sie heute zusammen mit einem Archiv ein öffentliches Dreispartenhaus mit einem lebendigen Veranstaltungsprogramm. Als Kompetenzzentrum zu Namibia und dem südlichen Afrika bieten sie vielfältige Medien für Forschungs- und Studienzwecke sowie für ein breites Publikum.

Zu den langjährigen Partnern in den europäischen African Studies zählen auch SADOCC und die ÖNG. Gelegentlich gibt es Besuche, Austausch oder auch gemeinsame Veranstaltungen, wie vor einigen Jahren den Book Launch des historischen Standardwerks „Geschichte Namibias“ in Wien mit der Autorin Marion Wallace.

Aus Anlaß des runden Geburtstags haben wir 2021 unsere eigene Arbeit und die Entwicklung unseres Instituts zum Gegenstand einer Ausstellung gemacht, die bis Dezember letzten Jahres geöffnet war. Zentrale Frage in den BAB war und ist ein „adäquater“ Umgang mit kolonialen und postkolonialen Sammlungen: will heißen, sie im kritischen Bewusstsein einer dekolonialen Wissensproduktion zu kuratieren (Im Unterschied zu den allermeisten Afrikabibliotheken in Europa griff die BAB die postkoloniale Perspektive bereits 1971 mit der Etablierung einer afrikanischen Nationalbibliothek in Basel auf).



Blick in die Jubiläumsausstellung mit Carl Schlettweins Schreibmaschine

**W**ie anspruchsvoll das ist, zeigt beispielsweise der Blick auf die in der Ausstellung bildlich als Baum dargestellte Schlagwortsystematik der Bibliothek, den Thesaurus. Dort wurde in den vergangenen Jahren und im Austausch mit Gastforschenden aus Namibia großer Wert darauf gelegt, alle Khoisan-Sprachen angemessen abzubilden. Weiterhin wurden für die namibische Geschichte relevante Begriffe wie „genocide“, „land reform“ oder „forced removals“ ebenso in den Schlagwortkatalog aufgenommen wie die Berücksichtigung einer gendergerechten Sprache.

Im Archiv wird angebotenes Material in Text und Bild sowie in audio-visuellen Formaten zu Namibia aufgenommen, sofern es nicht direkt aus Namibia kommt. Denn solche Archive sollen im Land bleiben. Das uns angetragene Material gelangt teilweise auch nach Namibia, einiges im Original, anderes in Kopie und zunehmend in Form digitaler Zugänglichkeit.

**S**o wichtig der Prozeß einer digitalen Transformation gerade für die Stakeholder unserer Sammlungen ist, so deutlich ist auch hier die Gefahr der Reproduktion eurozentrischer Blickwinkel. Im aktuellen Projekt einer

digitalen Plattform afrikanischer Bestände, dem maßgeblich von den BAB vorangetriebenen „Afrika-Portal“, sind mehrere afrikabezogene Datenbanken verschiedener Basler Institutionen beteiligt. Der Launch des Portals ist für Mitte 2023 geplant. Und auch hier stehen immer wieder Fragen nach einer dekolonialen Wissensproduktion im Fokus: Wer spricht, wer blickt durch die verfügbaren Daten und Kollektionen? Wessen Perspektive zeigt sich? Wem dient, was wir anbieten? Und in wessen Kategorien wird hier gedacht?

Das 50jährige Jubiläum der BAB hat viele solche Fragen mehr aufgeworfen als beantwortet. Eine grosse Feedbackwand und die alte Schreibmaschine des Institutsgründers luden zur Reflexion ein und wurden kontrovers genutzt.

Die Online-Ausstellung finden Sie auf unserer Website [www.baslerafrika.ch](http://www.baslerafrika.ch). Die physische Ausstellung in unseren Räumlichkeiten kann auf Anfrage zu unseren Öffnungszeiten weiterhin besucht werden – bis sie neuen Projekten weichen wird.

*Christian Vandersee ist Geschäftsführer der Basler Afrika Bibliographien in Basel.*



# FÜR EINE NEUE Blockfreienbewegung!

*Die Stimmenthaltung Südafrikas und anderer afrikanischer und asiatischer Staaten bei der Verurteilung Rußlands durch die UN-Generalversammlung am 2. März führte zu politischer Kritik (vgl. S. 8). Der prominente Intellektuelle Steven Friedman hingegen unterstützte Pretorias Position, allerdings mit anderen Argumenten als die Regierung.*

Die Stimmenthaltung der südafrikanischen Regierung bei der Abstimmung der Vereinten Nationen hat für viel Geschrei in jenem Drittel des Landes gesorgt, das bestimmen möchte, was wir zu denken haben. Südafrikas Weigerung, Partei zu ergreifen, ist jedoch die einzige Reaktion, die mit demokratischen Grundsätzen vereinbar ist. Sich nicht für eine Seite zu entscheiden, bedeutet nicht, daß der Einmarsch Rußlands in die Ukraine auch nur annähernd zu rechtfertigen ist. Er verstößt gegen grundlegende demokratische und humane Normen. Putin und seine Regierung sind nicht die Fackelträger von Marx und Lenin, sie sind die Nachfahren der Zaren.

Warum sollten wir trotzdem nicht darauf insistieren, daß unsere Regierung sich denjenigen anschließt, die sich mit der Ukraine identifizieren? Weil das, was Rußland in der Ukraine tut, leider kein Einzelfall ist. Beispiele für andere reale oder versuchte Besetzungen, bei denen Zivilisten bombardiert werden, wurden in den letzten Wochen wiederholt angeführt. Zu den offensichtlichen Fällen gehören die Besetzung palästinensischen Landes

durch den israelischen Staat – die schrecklichen Bilder des Leids in der Ukraine unterscheiden sich kaum von denen, wenn der Gazastreifen bombardiert wird –, der Versuch Saudi-Arabiens, den Jemen durch Zerstörung zu „befrieden“, die Invasionen der USA im Irak und in Afghanistan oder die Bombardierung Somalias im letzten Monat. Keine dieser Aktionen hat zu Entschlüssen geführt, die Täter zu bestrafen. Palästina ist der schlimmste Fall, denn die Länder, die jetzt Maßnahmen gegen Rußland fordern, haben nicht nur keine Sanktionen gegen den israelischen Staat verhängt – sie haben Gesetze erlassen, die diejenigen bestrafen, die dazu aufrufen.

Auch das Völkerrecht steht auf dem Spiel. Es könnte in den kommenden Jahren entscheidend werden. Es wird immer wahrscheinlicher, daß die Welt vor einem neuen Kalten Krieg zwischen einem vom Westen geführten Block und einem von

Russland und China geführten Block steht. Der erste Kalte Krieg wurde als Kampf zwischen „der freien Welt und dem Kommunismus“ dargestellt. Daß der sozialistische Block nicht mehr existiert und sich trotzdem wieder ein Kalter Krieg entwickelt, deutet stark darauf hin, daß der erste in Wirklichkeit ein Kampf zwischen zwei Imperien war, die ihr Machtstreben beschönigen mußten, indem sie behaupteten, es ginge um große Ideen.

Damals bestanden viele Staaten darauf, sich keinem der beiden Machtblöcke anzuschließen, und bildeten die Bewegung der Blockfreien. Der Grundsatz, Staaten, denen die Menschen am Herzen liegen, sollten keine Machtblöcke unterstützen, ist heute so aktuell wie damals. Die Welt braucht eine neue Bewegung der Blockfreien, weil Demokratie das Recht der Menschen bedeutet, sich selbst zu regieren – und nicht das Recht der Staaten, sie in einen Block zu zwingen.

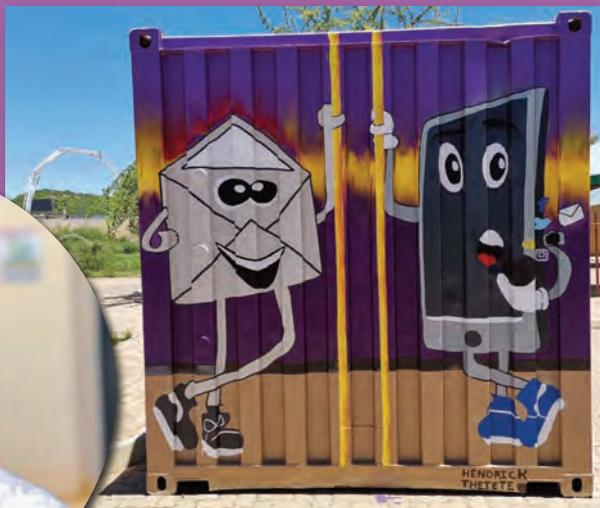
## Blockfreiheit – realistisches Konzept?



# Impressionen aus WINDHOEK



Kunstcontainer von Leigh Williams und Hendrick Thetete



Österreichische Post AG  
PZ 22Z042795 P  
SADDOCC, Favoritenstraße 38/18/1, 1040 Wien

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Besuchen Sie uns auf [www.sadocc.at](http://www.sadocc.at) und auf Facebook

[www.facebook.com/Sadocc-Southern-Africa-Dokumentation-and-Cooperation-Centre-100969900023602/](https://www.facebook.com/Sadocc-Southern-Africa-Dokumentation-and-Cooperation-Centre-100969900023602/)



**SADDOCC**

Dokumentations- und Kooperationszentrum  
Südliches Afrika

SADDOCC AKTUELLES DIALOGPROJEKT INDABA FORSCHUNG/BIBLIOTHEK NELSON-MANDELA-TAG KONTAKT



Nelson Mandela Tag 2020, Foto: Birgit Reiter

### Afrikanisches Österreich



Fotos: Birgit Reiter

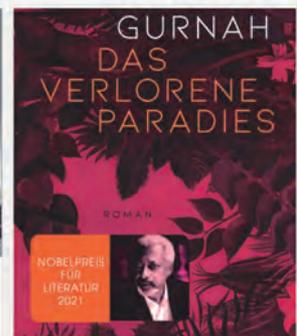
**Afrikanische Stadtspaziergänge in Wien**

Kategorie: News



Buchpräsentation 'In Diensten des Afrikanischen Sozialismus' von Eric Burton, 31. März 2022

Diskussion zur Globalgeschichte der Entwicklungspolitik und



Online-Lesezirkel am 22. März 2022, 18:30

Lesezirkel-online-Treffen am Dienstag, 22. März 2022, 18:30 Uhr